

Gesundheit braucht Frieden – NEIN zur Militärübung „Red Storm Charlie“ am UKE!

„Grundlegende Bedingungen und konstituierende Momente von Gesundheit sind Frieden, angemessene Wohnbedingungen, Bildung, Ernährung, Einkommen, ein stabiles Öko-System, eine sorgfältige Verwendung vorhandener Naturressourcen, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Jede Verbesserung des Gesundheitszustandes ist zwangsläufig fest an diese Grundvoraussetzungen gebunden.“

WHO, „Ottawa-Charta zur Gesundheitsförderung“, 1986.

Eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung für Alle zu gewährleisten, ist schon unter zivilen Bedingungen eine enorme Herausforderung. Lange Wartezeiten, überfüllte Notaufnahmen, mangelndes Personal, ökonomische Effizienzvorgaben, Arbeitsverdichtung, Stress und 5-Minuten-Medizin sorgen dafür, dass die Bedürfnisse von Patient:innen und Beschäftigten schon jetzt nicht so zur Geltung kommen, wie es für Gesundheit Aller erforderlich wäre. Nun soll die zivile, medizinische Versorgungsstruktur auch noch in vorbereitende Maßnahmen zur Führbarmachung eines Krieges integriert werden, bei dem alle Seiten nur verlieren können.

Was hat das UKE mit dem Militär zu schaffen? Was findet am 26. September statt?

Im Rahmen der laut „Operationsplan Deutschland“ geforderten „zivil-militärischen Kooperation“ sollen auch Einrichtungen und Beschäftigte des Gesundheitswesens „kriegstüchtig“ gemacht werden. Das Ende September in Hamburg geplante NATO-Manöver „Red Storm Charlie“ simuliert den Kriegsfall mit Russland und sieht in diesem Zusammenhang auch eine Übung am UKE vor: Am Samstag, den 26. September, soll unter Beteiligung des Transporthubschrauber-Regiments 10 der Bun-

deswehr ein Verletztentransport vom Flughafen zum UKE sowie die notfallmäßige Verteilung der Simulationspatienten auf die (Intensiv-)Stationen innerhalb des UKE geprobt werden.

Warum ist die „Übung“ am 26. September problematisch?

Politisch:

Schon diese Simulationsübungen sind Bestandteil einer Eskalation des politischen Konflikts, denn sie sollen der „Gegenseite“ die Bereitschaft zur kriegesischen Auseinandersetzung signalisieren. Auch dann, wenn sie „nur“ als „Verteidigungsmaßnahmen“ deklariert werden, übergehen sie das völkerrechtlich gebotene Primat von Abrüstung, Gewaltverzicht und diplomatischer, ziviler Konfliktregulierung.

Ethisch:

Sie bringen Beschäftigte in den Konflikt, ethisch dazu verpflichtet zu sein, ihre gesundheitsförderliche Kunst zum größtmöglichen Wohlergehen jedes Einzelnen anzuwenden, und im gleichen Atemzuge mit der Anwendung dieser Kunst kriegesischen Handlungen ermöglichen zu sollen, die auf die Zerstörung von Menschenleben gerichtet sind.

Gesundheitlich:

Zudem stellt die Übung selbst schon eine unverantwortliche Gesundheitsgefährdung für Patient:innen und Mitarbeiter:innen dar.

- Zwar soll laut bisheriger Planung das UKE für die Dauer der Übung nicht von der Notfallversorgung der Stadt abgemeldet werden. Allein schon die für die Übung abgestellte Zahl an Personal sorgt aber für erhöhte Arbeitsbelastung, noch längere Wartezeiten und eingeschränkte Ressourcen in der regulären (Notfall-)Versorgung.
- Die „Verletzentransporte“ per Hubschrauber stellen eine massive Lärmbelastung über einen Zeitraum von mindestens zwei Stunden dar. Unterhalb des Hubschrauber-Landeplatzes liegen Kreißsäle und Neugeborenenstationen, die eigentlich eine besonders geräuscharme Umgebung benötigen.
- Schon die Geräuschkulisse einer Hubschrauber-Flotte gemahnt an ein Kriegsszenario und ist insofern dazu geeignet, psychische Traumata und Retraumatisierungen hervorzurufen – insbesondere, da viele Patient:innen selbst aus Kriegs- und Krisengebieten kommen und mitunter gerade deswegen im UKE in Behandlung sind.

Perspektivisch:

Sobald die strikte Trennung von zivilen Versorgungseinrichtungen und militärischen Zwecken aufgehoben wird, werden auch Krankenhäuser wie das UKE zu „legitimen Angriffszielen“ gemacht. Der „Operationsplan Deutschland“ sieht zudem im Spannungsfall die Möglichkeit vor, ziviles Personal unter militärische Weisungsbefugnis zu stellen. Dazu gehört auch die Anwendung der sog. „Reverse Triage“, bei der leichtverletzte Patient:innen in der Erstversorgung priorisiert werden sollen gegenüber schwerstverletzten Personen, da sie eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, wieder „einsatzfähig“ zu werden.

Dieser fatalen Entwicklung, die jedem gesundheitsförderlichen Ethos fundamental zuwiderläuft, ist umgehend Einhalt zu gebieten.

Was lässt sich tun?

Gesundheitsbeschäftigte jeglicher Couleur haben in besonderer Weise die Verantwortung, (auch schon präventiv) bestmögliche Bedingungen für die humane Entfaltung und die Wohlfühlentwicklung eines Jeden zu schaffen. Dafür brauchen sie selbst gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal, höhere Löhne, demokratische Mitbestimmung, ein auskömmlich finanziertes, allen zugängliches öffentliches Gesundheitswesen, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, und nicht der Profit – sowie zivilisierte internationale Beziehungen, die auf Völkerverständigung, solidarische Entwicklung und die Überwindung jeglicher Gewalt gerichtet sind.

Daher rufen wir das UKE auf, sich nicht an der Militärübung „Red Storm Charlie“ zu beteiligen!

Jeder Beschäftigte, der sich aus ethischen, moralischen, politischen oder persönlichen Gründen nicht an der Übung beteiligt, trägt unmittelbar zur gesundheitlichen Friedensbildung bei und muss dies uneingeschränkt tun können.

Wer dabei Beratung, Unterstützung und/oder arbeitsrechtliche Hilfe benötigt, kann sich vertrauensvoll und anonymisiert an uns (kritischemediziner@googlemail.com) oder an seine Personalvertretung wenden.

Wir rufen außerdem alle Mitarbeitenden und Patient:innen des Hamburger Gesundheitswesens auf, sich an der Demonstration **„NEIN zum Kriegsmanöver Red Storm Charlie – JA zu sozialem Fortschritt!“** am Samstag, um 14 Uhr am Jungfernstieg zu beteiligen.

Nähere Infos unter: www.kein-nato-hafen.de